



*Zeit für
Optimisten!*

NRW – Zukunft braucht Stabilität

44. NRW-Tag in Pulheim

Inhaltsverzeichnis

A. Einleitung	3
B. Stabile Familienpolitik.....	3
C. Stabile Schul- und Bildungspolitik.....	6
D. Stabile Wirtschaftspolitik	9
E. Stabile Arbeits- und Sozialpolitik	11
F. Stabile Haushalts- und Finanzpolitik.....	14
G. Stabile Innenpolitik	17
H. Stabile Integrationspolitik.....	19
I. Stabile Landwirtschaftspolitik.....	20

A. Einleitung

„Zeit für Optimisten!“ – Kein anderer Ausspruch könnte die Notwendigkeiten der aktuellen Situation in unserem Land treffender beschreiben. Denn die Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise ziehen sich nach wie vor durch alle Bereiche des Lebens und bestimmen maßgeblich das politische Geschehen.

Diese Krise ist auch an NRW nicht spurlos vorübergegangen und hat den Aufstieg gebremst, der nach dem Regierungswechsel im Jahre 2005 mit zahlreichen Reformen eingeleitet wurde. Dies darf aber nicht den Blick darauf verstellen, dass wir in den vergangenen Jahren die Grundlagen für eine gute Entwicklung unseres Landes in der Zukunft gelegt haben. Die Reduzierung der Anzahl der Arbeitslosen um 230.000 im Vergleich zu 2005 ist eines von vielen deutlichen Zeichen, die uns zeigen, dass wir auf dem richtigen Weg sind. Diese Erfolge spornen uns an.

Mit den vorliegenden Leitsätzen wollen wir weiter daran arbeiten und optimistisch in die Zukunft blicken. Sie bündeln unsere Forderungen an die künftige Landesregierung in acht Politikfelder und zeigen Maßnahmen für neue Wachstumsimpulse auf. Die zentralen politischen Herausforderungen stellen nach Ansicht der JU NRW dar: eine nachhaltige Familienpolitik, eine ideologiefreie Schul- und Bildungspolitik, eine weitsichtige Wirtschaftspolitik, eine vernünftige Arbeits- und Sozialpolitik, eine kluge Finanz- und Haushaltspolitik, eine konsequente Innenpolitik, eine umsichtige Integrationspolitik und eine ausgewogene Landwirtschaftspolitik.

Am 9. Mai geht es darum, den Weg in eine stabile Zukunft zu sichern. Nur mit einer starken CDU und einer Fortsetzung der schwarz-gelben Koalition ist dies möglich. Jenseits dessen steht die Bedrohung unseres Landes durch ein rot-rotes Chaos, das unser Land zurück in die Steinzeit katapultieren würde. Die JU NRW wird sich dem mit aller Macht entgegenstellen und mit der CDU NRW für den Wahlsieg von Jürgen Rüttgers kämpfen.

B. Stabile Familienpolitik

Wir fordern die weitere Stärkung außerschulischer Bildungsorte

Ein Schwerpunkt der Jugendpolitik der vergangenen fünf Jahre war die Stärkung der außerschulischen Bildungsorte. Die 2.320 offenen Jugendeinrichtungen, zahlreiche

NRW – Zukunft braucht Stabilität

Jugendkunstschulen und Jugendverbände waren zu Recht ein Förderschwerpunkt des Kinder- und Jugendförderplans der aktuellen Landesregierung. Aufgrund der finanziellen Engpässe mancher Trägereinrichtungen haben viele der größtenteils ehrenamtlich betriebenen Einrichtungen dennoch schwierige Zeiten hinter und keine sichere Zukunft vor sich. Daher fordern wir ein anhaltendes Engagement der Landesregierung zur Stärkung dieser wichtigen sozialen Infrastruktur. Neben der finanziellen Sicherung muss vor allem die Kompetenz in den Bereichen Betriebsmanagement und Kommunikation gestärkt werden, sodass möglichst viele Initiativen weitgehend eigenständig agieren können. Wer in der Krise bei den Jüngsten spart, legt bereits die Grundlage für Krisen, die sich nicht durch Konjunkturpakete lösen lassen.

Wir fordern den Ausbau der finanziellen Ausstattung von Familienzentren

Nordrhein-Westfalen soll als kinder- und familienfreundliches Land weiterentwickelt werden. Um dieses Ziel zu erreichen, hat die Landesregierung mit den Familienzentren ein erfolgreiches Konzept entwickelt, um Familien in ihren Erziehungs- und Betreuungsaufgaben zu stärken und zu unterstützen. Über 300 Einrichtungen sind seit Start der Initiative bereits zu Familienzentren geworden und ihre Zahl steigt. Die JU NRW fordert eine ausreichende finanzielle Ausstattung der Familienzentren. Die hohe Zahl der eingerichteten Familienzentren ist erfreulich, darf jedoch nicht dazu führen, dass die bisher auf jährlich 12.000 Euro beschränkte Förderung lediglich für die Bestellung von Broschüren und eine erste Infrastruktur ausreicht. Auf Dauer müssen Familienzentren sich durch exzellente, kompetente und persönliche Betreuung der Familien auszeichnen. Das kann durch eine ausreichende finanzielle Ausstattung seitens der Landesregierung gefördert werden.

Wir fordern eine engagierte Ursachenbekämpfung der Kinderarmut

In NRW lebt knapp ein Viertel aller Kinder in Armut. Besonders armutsgefährdet sind Familien mit mehreren Kindern und Alleinerziehende. Zur Bekämpfung der Auswirkungen von Kinderarmut hat die Landesregierung den Landesfonds „Kein Kind ohne Mahlzeit“ aufgelegt, aus dem mehr als 82.000 Kinder und Jugendliche in Nordrhein-Westfalen mit finanzieller Unterstützung des Landes ein Mittagessen an ihrer Schule finanziert bekommen. Die Durchführung des Programms „Kein Kind ohne Mahlzeit“ muss auch Kommunen in der Haushaltssicherung möglich gemacht werden. Des Weiteren wurde der Runde Tisch „Hilfe für Kinder in Not“ ins Leben gerufen, an dem unter gemeinsamer

NRW – Zukunft braucht Stabilität

Federführung der nordrhein-westfälischen Ministerien für Soziales und für Familie Vertreter verschiedener Ressorts der Landesregierung darüber beraten, wie die Benachteiligung von Kindern bekämpft und die Chancengerechtigkeit verbessert werden kann. Die JU NRW fordert die Landesregierung auf, neben der Bekämpfung der Symptome vor allem die Ursachen für Kinderarmut in den Blick zu nehmen. Besonders für kinderreiche Familien und Alleinerziehende müssen Konzepte entwickelt werden, die über die Bereitstellung von U3-Plätzen hinausgehen, anderweitige qualifizierte Betreuungsformen, wie Tagesmütter, fördern, und die Elternbildung als potentiellen Dienstleistungssektor stärker in den Fokus aufnehmen.

Wir fordern ein Gesamtkonzept für echte Wahlfreiheit bei der Betreuung

Die familienpolitische Debatte der letzten Jahre war vor allem vom Ausbau der U3-Betreuung und von der möglichen Einrichtung eines Betreuungsgelds dominiert. Bedauerlicherweise kam es dabei zu einer mitunter diskriminierenden Differenzierung zwischen Eltern, die aus verschiedenen Gründen Leistungen des U3-Angebots in Anspruch nehmen und solchen Eltern, die für die Betreuung und Erziehung der Kinder auch während der Arbeitszeit zuhause bleiben. Obwohl die zuständigen Ministerien auf Bundes- und auf Landesebene durchgehend von der Union besetzt waren, hat man die Entwicklung eines schlüssigen Gesamtkonzepts für beide Lebenssituationen versäumt. Die JU NRW fordert die Landesregierung auf, echte Wahlfreiheit zu ermöglichen und eine Gesamtkonzeption zu erstellen, in der Investitionen in Krippenausbau und häusliche Erziehung zusammengefasst werden. Ziel muss es sein, den Eltern die Wahl ihres Lebens- und Erziehungsmodells zu erleichtern und somit echte Wahlfreiheit zu schaffen.

Wir fordern Lokale Bündnisse zur Arbeit für Familien

Lokale Bündnisse sind freiwillige Zusammenschlüsse von Vertreterinnen und Vertretern aus möglichst vielen gesellschaftlichen Gruppen: Kommunen, Unternehmen, Kirchen, Kammern, Gewerkschaften, Verbänden, Stiftungen, Freien Trägern der Kinder- und Jugendhilfe, Mehrgenerationenhäusern und vielen anderen. Mehr als 13.000 Akteure, darunter 5.000 Unternehmen, engagieren sich bereits in Lokalen Bündnissen. Die JU NRW fordert die Landesregierung auf, eine stärkere Aktivität der Lokalen Bündnisse im Sinne der Familien in Nordrhein-Westfalen anzuregen. In vielen Kommunen wurde die Gründung des Bündnisses öffentlichkeitswirksam gefeiert, hat jedoch mangels weiterer Aktivitäten

bis auf gute Berichterstattung für die beteiligten Unternehmen und Akteure keinen konkreten Nutzen für die Familien bewirkt.

C. Stabile Schul- und Bildungspolitik

Wir fordern den Weg der individuellen Förderung konsequent fortzusetzen

Jeder einzelne Schüler hat unterschiedliche Begabungen und Bedürfnisse, die es individuell zu berücksichtigen gilt. Die Reformen der letzten Jahre erkennen diese Tatsache systematisch an und stellen folgerichtig die individuelle Förderung in den Mittelpunkt. Die JU NRW unterstützt diesen Weg uneingeschränkt und fordert, ihn konsequent weiterzuentwickeln. Dabei ist insbesondere das Gütesiegel „Individuelle Förderung“, mit dem bereits 314 Schulen ausgezeichnet wurden, ein hervorragendes Instrument, um erfolgreiche Umsetzungen dieser Leitidee sichtbar zu machen.

Wir fordern ein Ende der Schulstrukturdebatte

Die JU NRW ist die einzige politische Jugendorganisation, die sich für das gegliederte Schulsystem einsetzt. Echte individuelle Förderung kann nur in einer vielfältigen und durchlässigen Schulstruktur gelingen. Diese muss stetig fortentwickelt und verbessert werden. Dabei setzt die JU NRW auf mehr Eigenverantwortlichkeit der Schulen, den Wettbewerb um pädagogische Konzepte und mehr Aufstiegschancen durch eine größere Durchlässigkeit. Eine verbesserte Durchlässigkeit soll durch die flächendeckende Etablierung von Liftkurssystemen an Haupt- und Realschulen erreicht werden. In Liftkursen können besonders leistungsstarke Schülerinnen und Schüler auf die jeweils angestrebte neue Schulform (also Realschule oder Gymnasium) vorbereitet werden. Konzepte wie die Einheitsschule lehnen wir kategorisch ab. Auch den Versuch des Umwegs dahingehend über eine Verlängerung der Grundschulzeit lehnen wir ab, weil dieser eine frühzeitige individuelle Förderung erschweren würde. Vor allem Hauptschulen dürfen nicht mehr als Restschulen angesehen werden und verdienen aufgrund der guten hier geleisteten Arbeit eine bessere öffentliche Wahrnehmung.

Wir fordern den bedarfsgerechten Ausbau der Ganztagsbetreuung

Ganztagsangebote an Schulen eröffnen Bildungschancen und schaffen Freiräume für individuelle Förderung und Betreuung. Zudem verbessern sie die Möglichkeiten der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Die JU NRW unterstützt den weiteren

NRW – Zukunft braucht Stabilität

bedarfsgerechten Ausbau der Ganztagsbetreuung. Dazu ist eine ausreichende Anzahl von Förderstunden und qualifiziertes Personal bereitzustellen. Dabei muss das Prinzip der Trennung von internen und externen Schulträgeraufgaben weiter bestehen. Das Land muss Ganztagsangebote entsprechend ausreichend finanzieren. Besonderer Wert bei der Umsetzung ist auf die Beteiligung der Eltern und die Einbeziehung lokaler Bündnisse für Familie zu legen.

Wir fordern weitere Anstrengungen bei der Versorgung mit Lehrern

Individuelle Förderung und Ganztagsbetreuung funktioniert nur mit einer ausreichenden Anzahl an Lehrern und qualifizierten Mitarbeitern. Die JU NRW begrüßt daher die massive Schaffung neuer Lehrerstellen durch die Landesregierung. Nach dem dadurch erreichten spürbaren Abbau des Unterrichtsausfalls muss nun eine Verkleinerung der Klassen im Vordergrund stehen. In einem ersten Schritt ist die Klassenstärke auf 25 Schüler zu reduzieren. Dazu sind auch die frei werdenden Kapazitäten durch sinkende Schülerzahlen zu nutzen. Die JU NRW unterstützt ebenfalls die Neuausrichtung der Lehrerausbildung mit längeren Praxisanteilen und einer höheren Bedeutung der Fachdidaktiken. Die Umstellung auf das gestufte Studienmodell mit Bachelor- und Masterabschlüssen führt hier aber zu besonderen Herausforderungen an der Schnittstelle von Universität und Zentren für schulpraktische Lehrerbildung. Die JU NRW fordert mehr Planungssicherheit für Lehramtsstudenten und Referendare.

Wir fordern eine Perspektive für Schulen im ländlichen Raum

Die Schulen im ländlichen Raum zeichnen sich durch leistungsorientierte und solide Arbeitsweisen aus. Sie bieten gerade für junge Lehrer einen attraktiven Arbeitsplatz. Dennoch ergeben sich für den Schulstandort Probleme. In den nächsten zehn Jahren ist mit einem Absinken der Schülerzahlen um etwa 20 Prozent zu rechnen. Dies stellt insbesondere Städte und Gemeinden im ländlichen Raum vor große Schwierigkeiten ein ausreichendes Schulangebot vor Ort sichern zu können. Das neue Schulgesetz sieht als Maßnahmen zum Erhalt kleinerer Schulen die Schaffung von Verbundschulen mit Haupt- und Realschulzweigen sowie den Schulbetrieb an mehreren Standorten vor, dies gilt gleichermaßen auch in den Städten. Diese Möglichkeiten begrüßt die JU NRW ausdrücklich und fordert konsequenter von ihnen Gebrauch zu machen, um zu vermeiden, dass Bildungsangebote ersatzlos gestrichen werden. Diese Sonderregelung stellt das dreigliedrige Schulsystem aus Sicht der JU NRW nicht in Frage.

NRW – Zukunft braucht Stabilität

Wir fordern die Sicherung des schulischen Religionsunterrichtes

Entgegen Forderungen aus dem linken und linksextremen politischen Lager, wonach Religionsunterricht an unseren nordrhein-westfälischen Schulen zugunsten eines beliebigen Ethikunterrichtes nach Berliner Vorbild abgeschafft werden soll, bekennen wir uns klar zur Fortsetzung des konfessionsgebundenen Schulunterrichts an nordrhein-westfälischen Schulen. Denn nur dann, wenn Schülerinnen und Schüler die Wurzeln der eigenen Religion kennen und in ihrem Glauben gestärkt sind, können sie Toleranz auch gegenüber anderen Religionen und Weltanschauungen üben. Auf der Grundlage der Art. 4 und 140 des Grundgesetzes existiert in Deutschland ein Verhältnis positiver Kooperation zwischen Staat und Kirchen bzw. Religionsgemeinschaften. Schulischer Religionsunterricht findet darüber hinaus als einziges Lehrfach in Art. 7 Abs. 3 des Grundgesetzes eine verfassungsrechtliche Verankerung. Wer Religionsunterricht aus unseren Schulen verdrängen will, greift die Wurzeln unserer gemeinsamen, im Grundgesetz verankerten Werte an. Auch wenn Deutschland stark von seiner christlich-jüdischen Tradition geprägt ist, setzen wir uns ebenso für konfessionellen Religionsunterricht anderer großer Religionen ein. So unterstützen wir auch die Bemühungen zur Etablierung islamischen Religionsunterrichts an unseren Schulen – allerdings in deutscher Sprache und unter staatlicher Schulaufsicht.

Wir fordern eine effektivere Vergabe von Studienplätzen

Durch Mehrfachbewerbungen und ein vielstufiges Nachrückverfahren konnten zum Wintersemester viele Studienplätze in zulassungsbeschränkten Fächern nicht rechtzeitig zum Semesterbeginn vergeben werden. Im schlimmsten Fall blieben sie sogar unbesetzt. Die JU NRW fordert die Kooperation zwischen den Hochschulen deutlich zu verbessern, um eine effektivere Vergabe zu gewährleisten und den Studienanfängern die nötige Planungssicherheit zu geben.

Wir fordern eine Reformierung der Verfassten Studentenschaft

In der Verfassten Studentenschaft kam es in den letzten Jahren bundesweit zu Skandalen und Misswirtschaften innerhalb der ASten. Wir fordern daher, den studentischen AStA-Beitrag auf einen sinnvollen Betrag zu begrenzen, damit die studentischen Vertreter nicht durch einen zu großen Haushalt überfordert werden. Zusätzlich fordern wir eine „Wahlbeteiligungshürde“, die ähnlich dem hessischen Modell ausgestaltet ist. Dabei kann ein AStA erst ab einer bestimmten Wahlbeteiligung gebildet werden, die von der

NRW – Zukunft braucht Stabilität

Hochschule selbst festgelegt werden kann. Damit wird gesichert, dass Studenten sich vertreten lassen können, wenn ein gewisses Maß an Interesse seitens der Studenten an der Bildung eines AStA besteht. Außerdem werden große Finanzfiaskos durch die Begrenzung des AStA-Beitrags ausgeschlossen.

Wir fordern mehr Transparenz bei den Studienbeiträgen

Die JU NRW wiederholt ihre Forderung, eine wahrnehmbare Verbesserung der Lehr- und Lernbedingungen durch ordnungsgemäße Verwendung der Studienbeiträge an den Universitäten und Fachhochschulen sicherzustellen. Vielmehr muss der Mangel an qualifizierten und auch didaktisch ausgebildeten Lehrkräften behoben werden. Überfüllte Lehrsäle wirken sich kontraproduktiv auf das Studium aus und widersprechen damit der ursprünglichen Absicht der Studienbeiträge. Der vielerorts vorherrschende Fokus auf infrastrukturelle Maßnahmen reicht nicht aus. Die Mittelverwendung der Studienbeiträge muss dabei insbesondere gegenüber den Studenten transparenter werden und sich an einheitlichen Standards ausrichten. Vor allem kinderreiche Familien belasten die Kosten der akademischen Ausbildung ihrer Kinder in besonderem Maße. Das Land Baden-Württemberg hat dazu bereits Befreiungsmöglichkeiten für Studierende aus kinderreichen Familien geschaffen. Die JU NRW fordert, kinderreiche Familien in NRW zu entlasten. In Familien mit drei oder mehr Kindern, sollen in NRW nur noch höchstens zwei Geschwister Studienbeiträge zahlen müssen.

D. Stabile Wirtschaftspolitik

Wir fordern die Weiterentwicklung des Industriestandorts NRW

Nordrhein-Westfalen war Industrieland, ist Industrieland und wird Industrieland bleiben. Die Finanz- und Wirtschaftskrise zeigt, dass jeder dauerhaft erfolgreiche Wirtschaftsraum einen leistungsfähigen und innovationsstarken industriellen Kern braucht. Dort entstehen die Produkte, die wir für die globalen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts wie Überbevölkerung, Urbanisierung, Wassermangel und Klimawandel benötigen. So bedeutsam Finanz- und unternehmensnahe Dienstleistungen sind: Ohne das Substrat der oftmals mittelständischen industriellen Kernbranchen würde der Dienstleistungssektor rasch in sich zusammenfallen. Wir dürfen die Abwanderung hochqualifizierter Naturwissenschaftler, Techniker und Facharbeiter nicht länger hinnehmen und setzen uns für die Sicherung und Schaffung qualifizierter Arbeitsplätze und eine klare Förderpolitik in

NRW – Zukunft braucht Stabilität

den Bereichen Forschung, Entwicklung und Produktion ein. Wir fordern ein klares Bekenntnis zum Industriestandort Nordrhein-Westfalen.

Wir fordern Planungssicherheit und Akzeptanzinitiativen

Wir sehen mit großer Sorge, dass immer mehr industrielle Vorhaben und Infrastrukturinvestitionen an planerischen Voraussetzungen, mangelnder Kommunikation und nicht zuletzt dem Protest vor Ort scheitern. Ohne diese Investitionen wird es jedoch langfristig keine wettbewerbsfähige industrielle Basis und keine sichere, dezentrale und umweltfreundliche Energieversorgung geben. Wir setzen uns daher für mehr Akzeptanz industrieller Projekten ein und begrüßen ausdrücklich die von der Landesregierung gemeinsam mit Wirtschaft und Gewerkschaften gegründete „Allianz pro Industrie“. Die JU fordert die Landesregierung auf, den Landesentwicklungsplan zeitnah den jetzigen Anforderungen anzupassen, Planungssicherheit zu schaffen und Bürokratie abzubauen. Insbesondere müssen hier logistisch sinnvolle Flächen, auch wenn sie nicht an Siedlungsschwerpunkten liegen, für Gewerbe nutzbar gemacht werden.

Wir fordern Innovationen für das ganze Land und klare Mittelstandsorientierung

Die JU NRW begrüßt ausdrücklich die von der Landesregierung vorgenommene Neuausrichtung der Förderpolitik. Statt einzelner Leuchttürme werden nun endlich gute Ideen und innovative Produkte und Projekte im ganzen Land gefördert. Wo früher Proporz dominierte, entscheiden jetzt international renommierte Jurys in einem echten Qualitätswettbewerb zwischen den eingereichten Ziel-2 Projekten. Im Vordergrund steht dabei die Förderung von Innovationsclustern, d.h. der Auf- oder Ausbau regionaler Netzwerke. In diesen Netzwerken kommen Forschungseinrichtungen und Unternehmen zum Zuge, die in ihrer Disziplin und ihrem Marktsegment weltweit erstklassig sind. Dieser Weg ist auch über die Förderperiode 2007-2013 hinaus fortzuführen und weiter zu optimieren. Der mit der Förderung einhergehende administrative Aufwand und die Abläufe in den Institutionen sollen laufend auf ihre Effektivität hin überprüft werden. Auch bei der Bewältigung der Kreditklemme hat die Landesregierung die richtigen Impulse zu Gunsten der kleinen und mittleren Unternehmen gesetzt. Über 14.000 Unternehmen haben bereits Bürgschaften und andere Hilfen des Landes in Anspruch genommen. Für die kommenden Jahre fordern wir weiterhin eine klare Ausrichtung der Förderpolitik auf Forschung, Innovationen und Produkte, bei denen wir weltweit eine Spitzenposition

einnehmen können. Gleichzeitig gilt es für unsere mittelständische Wirtschaft in den ländlichen Regionen noch stärkere Anreize für Innovationen und Vernetzung zu schaffen.

E. Stabile Arbeits- und Sozialpolitik

Wir fordern eine starke soziale Partnerschaft

Nordrhein-Westfalen ist das Heimatland der sozialen Partnerschaft. Hier hat sich seit vielen Jahren bewährt, dass Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften die Löhne und Arbeitsbedingungen frei von staatlichem Einfluss gemeinsam festlegen. Die tariflichen Regelungen gewährleisten, dass viele Arbeitnehmer in Nordrhein-Westfalen unter gerechten Bedingungen einer angemessen bezahlten Arbeit nachgehen können. Die JU NRW setzt sich daher auch in Zukunft für eine starke soziale Partnerschaft in Nordrhein-Westfalen ein. Damit möglichst viele Arbeitnehmer von den tariflichen Löhnen und Arbeitsbedingungen profitieren, unterstützen wir außerdem die Allgemeinverbindlicherklärung von Tarifverträgen durch das Landesarbeitsministerium im Einvernehmen mit den Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften in denjenigen Branchen, in denen auf andere Weise keine angemessenen Löhne und Arbeitsbedingungen gewährleistet werden. Darüber hinaus wünschen wir uns allerdings auch, dass sich die sozialen Partner stärker ihrer Verantwortung für den Nachwuchs stellen. Auch in Zeiten der Krise muss es gelingen, Absolventen beruflicher und akademischer Ausbildungen in den Betrieben, Unternehmen und Behörden Perspektiven anzubieten. Ansonsten droht die Abwanderung des Nachwuchses in andere Länder.

Wir fordern einen Arbeitsmarkt, der ein Mindesteinkommen generiert – keinen Mindestlohn

Die JU NRW bekennt sich zur Tarifautonomie und lehnt staatliche Mindestlöhne ab, weil die Tarifparteien besser als der Gesetzgeber die Lohnhöhen festlegen können. Daher fordern wir, dass auch Leiharbeitsfirmen unter die tariflichen Vereinbarungen der jeweiligen Branche fallen. Wir begrüßen das Projekt Kombilohn-NRW, das Menschen wieder in ein geregeltes und gerechtes Arbeitsverhältnis zurückführt. Mit diesem auch für den Bund vorbildlichen Modell ist es gelungen in Nordrhein-Westfalen über 12.000 Langzeitarbeitslosen wieder eine Perspektive zu bieten.

NRW – Zukunft braucht Stabilität

Wir fordern eine effiziente Arbeitsmarktpolitik des Förderns und Forderns

Arbeitsmarktpolitik muss darauf ausgerichtet sein, Arbeitslosen Voraussetzungen zu geben, schnell auf dem ersten Arbeitsmarkt wieder Fuß zu fassen. Langzeitarbeitslose müssen individueller gefördert, aber auch weiter gefordert werden, um ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu verbessern. Wir fordern einerseits eine intensive Erstbetreuung und Stellenbesetzung. Andererseits fordern wir auch konsequente Sanktionen für einsetzende Langzeitarbeitslosigkeit, die aus eigener Untätigkeit und Antriebslosigkeit resultiert. Nur so können Anspruchsdenken vermieden und Anreize zur Beschäftigung aufrecht erhalten werden. Eine aktive Arbeitsmarktpolitik muss daher ein Fördern und Fordern „aus einer Hand“ anbieten. Die Mitarbeiter, die in diesem Bereich tätig werden, müssen zugleich ihre Qualifikation hierfür nachweisen. Zu diesem Zweck sind durchgängige Qualitätskontrollen hinsichtlich der Arbeitsvermittlung sowie der versandten Bescheide einzurichten und Missstände rasch und nachhaltig konsequent abzustellen. Die Kommunen, die die Sozialleistungen zu tragen haben, müssen in die Lage versetzt werden, eine Gegenleistung in Form von Arbeitsleistung einzufordern. Ferner fordert die JU NRW den weiteren Ausbau der Zahl der Optionskommunen zur Vermittlung der Langzeitarbeitslosen zu ermöglichen, mit dem Ziel die „Optimierung“ den Kommunen nach eigenem Ermessen zu überlassen.

Wir fordern Flexibilität und Sicherheit am Arbeitsmarkt

Beschäftigungschancen sind notwendige Bedingung für die Teilnahme am Arbeitsmarkt. Den Arbeitnehmern und Arbeitgebern dürfen daher keine Einschränkungen für faire Lohnverhandlungen auferlegt werden. Die betrieblichen und tariflich verhandelten Löhne bieten die Flexibilität, um sich schnell und sachgerecht an neue Bedingungen anzupassen. Ein Kündigungsschutz, der offener gestaltet worden ist, unterstützt diese Flexibilität und trägt zur Schaffung neuer Arbeitsplätze bei. Zur Flexibilität gehört auch die vorübergehende Möglichkeit zur Kurzarbeit. Diese hat die Beschäftigungssituation am deutschen Arbeitsmarkt vor schlimmeren Verwerfungen infolge der Krise erfolgreich bewahrt. In einer Sozialen Marktwirtschaft setzt die Politik die sozialen Rahmenbedingungen, in denen sich Arbeitnehmer und Arbeitgeber bewegen können.

Wir fordern eine zukunftsfähige Berufsausbildung

Eine gute Ausbildung ist der Schlüssel für eine gute persönliche Zukunft. In Nordrhein-Westfalen stellt die duale Berufsausbildung eine hochwertige Ausbildung vieler junger Menschen sicher. Die JU NRW bekennt sich daher zur dualen Berufsausbildung und tritt

NRW – Zukunft braucht Stabilität

für ihre Weiterentwicklung ein. Außerdem setzt sie sich dafür ein, dass möglichst vielen jungen Menschen der Einstieg in eine duale Berufsausbildung gelingt. Die erfolgreichen Förderangebote des Landes, wie die Projekte „3. Weg in die Berufsausbildung“ und „Betrieb und Schule“ sowie das Werkstattjahr, sind daher fortzuführen und weiter flächendeckend auszubauen. Darüber hinaus ist die Ausbildungsreife junger Menschen frühzeitig zu fördern. Dabei sind neben den fachlichen auch die übrigen Schlüsselqualifikationen durch eine enge Zusammenarbeit von Wirtschaft und Schulen weiter zu fördern.

Wir fordern die Nutzung der Potentiale der älteren Generation

Der demographische Wandel ist für Nordrhein-Westfalen Herausforderung und Chance zugleich. Insbesondere die wachsende ältere Generation bietet für unser Land viele Potentiale. Die Erfahrungen, das Wissen und die Ideen älterer Menschen können für unsere Gesellschaft in vielfältiger Weise eine Bereicherung sein. Deshalb tritt die JU NRW für eine größtmögliche Teilhabe der älteren Generation an unserer Gesellschaft und eine entschiedene Bekämpfung jeglicher Alterdiskriminierung ein. Insbesondere fordert sie, die berufliche Integration älterer Menschen zu stärken und ihren familiären und ehrenamtlichen Einsatz zu fördern.

Wir fordern ein gesundheits-freundliches Nordrhein-Westfalen

Ziel einer zukunftsweisenden Gesundheitspolitik ist nicht die Finanzierung von Krankheit, sondern der Erhalt und die Förderung von Gesundheit. Dadurch werden Krankheiten und Pflegebedürftigkeit vermieden. Dies nutzt nicht nur den einzelnen Menschen, sondern spart auch Kosten für die Gesellschaft. Deshalb bilden die Gesundheitsvorsorge und die Gesundheitsförderung sowie die medizinische Rehabilitation für die JU NRW zentrale Aufgaben in der Gesundheitspolitik. Zu einer effektiven Gesundheitsvorsorge zählen für sie dabei auch ein verantwortungsvoller Nichtrauchererschutz sowie eine konsequente Raucherprävention (bei Jugendlichen).

Wir fordern eine wohnortnahe medizinische und pflegerische Versorgung

Jeder Mensch in Nordrhein-Westfalen muss unabhängig von seinem Wohnort einen guten Zugang zu einer qualitativ hochwertigen medizinischen und pflegerischen Versorgung haben. Dies gilt gleichermaßen für den ambulanten und den stationären Bereich. Die JU NRW setzt sich daher dafür ein, dass die Menschen in ganz Nordrhein-Westfalen

NRW – Zukunft braucht Stabilität

wohnnah Hausärzte sowie Krankenhäuser aufsuchen können. Vor allem im ländlichen Raum muss einem Mangel an Ärzten und Pflegekräften entgegengewirkt und eine ausreichende Notfallversorgung sichergestellt werden, wobei auch verstärkt auf sogenannte kooperative Strukturen wie Gesundheitszentren und Ärztehäuser gesetzt werden soll. Im Bereich der Pflege gilt für die JU NRW der Grundsatz „Ambulant vor Stationär“. Ihr Ziel ist es daher, dass möglichst viele Menschen auch im Fall einer Pflegebedürftigkeit solange wie möglich in den eigenen vier Wänden leben können. Daher soll die Pflege verstärkt Mobilisierungsmaßnahmen beinhalten, die die Selbstständigkeit pflegebedürftiger Menschen erhalten und wiederherstellen. Die häusliche Pflege und die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf sind ebenso zu fördern wie die Entwicklung neuer Wohn- und Pflegeformen. Darüber hinaus muss bei der ambulanten wie bei der stationären Pflege für ein ausreichend qualifiziertes Pflegepersonal Sorge getragen werden. Die Möglichkeit zur Gründung und zum Betrieb von Medizinischen Versorgungszentren (MVZ) gilt es zu erweitern, bestehende Beschränkungen gilt es abzuschaffen.

Wir fordern das „Gesundheitsland Nordrhein-Westfalen“

Gesundheit und Pflege sowie die Versorgung älterer Menschen mit bedarfsgerechten Produkten und Dienstleistungen stellen einen wachsenden Wirtschaftsfaktor dar. Die JU NRW tritt daher für eine gezielte Förderung der Gesundheits-, Pflege- und Seniorenwirtschaft und der Forschung in diesen Bereichen ein. Dies gewährleistet eine hohe Versorgungsqualität für die Menschen in Nordrhein-Westfalen und schafft Arbeitsplätze. Projekte wie der von der Landesregierung initiierte Gesundheitscampus Nordrhein-Westfalen in Bochum finden deshalb die nachhaltige Unterstützung der JU NRW.

F. Stabile Haushalts- und Finanzpolitik

Wir fordern den Landeshaushalt nach der Krise weiter zu konsolidieren

Angesichts einer historisch einmaligen und international aufgetretenen Wirtschaftskrise war es richtig und notwendig, die Nettoneuverschuldung vorübergehend und sprunghaft zu erhöhen. Nur so konnten die Auswirkungen der Krise abgefedert und die automatischen Stabilisatoren (Sozialausgaben, Einkommensteuer-Progression) ergänzt werden. Nach Überwinden der Krise müssen wir aber zurück auf den Konsolidierungspfad finden. Die

NRW – Zukunft braucht Stabilität

Sicherung der Tragfähigkeit öffentlicher Finanzen ist ein Gebot der Generationengerechtigkeit und der politischen Stabilität. Die Hypothek von Rot-Grün in Form eines exorbitanten Schuldenberges von 112,2 Milliarden Euro bis 2005 belastet uns über Zins- und Tilgungsleistungen auf Jahrzehnte. Die öffentlichen Haushalte im Land Nordrhein-Westfalen dürfen sich künftig nicht mehr strukturell verschulden, ab dem Jahr 2020 gilt das Neuverschuldungsverbot per Grundgesetz. Die JU NRW fordert eine schnellstmögliche Konsolidierung des Landeshaushaltes und fordert noch vor dem Jahr 2020 einen Haushalt ohne Neuverschuldung. Dazu muss eine eigene Schuldenbremse in der Landesverfassung auf einen tragfähigen Konsolidierungspfad führen. Ziel muss ein dauerhafter Schuldenabbau sein. Die Konsolidierung darf dabei nicht zu Lasten der kommunalen Ebene gehen.

Wir fordern mehr Steuerautonomie für die Bundesländer

Gegenstück zu strengeren Verschuldungsregelungen ist mehr Eigenständigkeit der Länder. In Deutschland sind sie insbesondere an bundesrechtliche Vorgaben und Standards in vielen Bereichen gebunden, haben aber kaum Möglichkeiten, die Einnahmeseite zu beeinflussen. Der hohe Grad an finanziellen Verflechtungen zwischen allen Ebenen wirkt sich negativ auf den föderalen Wettbewerb aus. Durch mehr Steuerautonomie sollen die Länder stärker über ihre Einnahmen bestimmen.

Wir fordern die Konzentration auf nachhaltige Einnahmen und Ausgaben

Ein robustes und starkes Wirtschaftswachstum hilft über die Einnahmeseite bei der Konsolidierung und daran anschließend beim Schuldenabbau. Daher muss Politik nach wie vor das Ziel des generationengerechten Wirtschaftswachstums zur Stabilisierung der Einnahmen im Blick haben. Nach der Krise ist klar, dass wir künftige Steuereinnahmen zur Rückführung der Nettoneuverschuldung werden einsetzen müssen. Weiterer Druck auf unseren durch Personalausgaben dominierten Landeshaushalt entsteht angesichts der Demographie bspw. durch Versorgungsausgaben. Daher ist es das Gebot der Tragfähigkeit unserer Finanzen, den Ausgabenzuwachs dauerhaft unter dem Einnahmenezuwachs zu halten. Wir fordern eine Konzentration auf die wesentlichen, vorrangigen Politikfelder. Notwendige Mehrausgaben in den politischen Schwerpunkten wie Bildung und Innovationen werden nur durch Minderausgaben an anderer Stelle zu finanzieren sein. Neue Aufgaben und Ausgaben können nur durch entsprechende Entlastungen an anderer Stelle erfolgen.

Wir fordern eine Revision der kommunalen Einnahmequellen

Die auf Bundesebene mit Vertretern der Länder und Kommunen geführten Gespräche zu den Kommunal финанzen müssen genutzt werden, um die kommunale Steuerbasis zu verstetigen. Die Gewerbesteuer als Haupteinnahmequelle der Kommunen ist stark schwankend und wirkt in Krisenzeiten verschärfend auf die Kommunen – aber auch auf die Unternehmen. Die kommunalen Einnahmen müssen daher reformiert und verstetigt werden und sich aus mehreren Quellen ergeben. Wir halten dabei einen höheren Anteil der Kommunen an der Umsatzsteuer und ein eigenes Hebesatzrecht der Kommunen auf die Einkommens- und Körperschaftssteuer für die richtige Lösung. Für die Steuerzahler dürfen diese Umstellungen insgesamt nicht zu Mehrbelastungen führen.

Wir fordern eine strukturelle Revision der Kommunal финанzen

Die Kommunal финанzen in Nordrhein-Westfalen sind nicht einheitlich zu fassen. Gegenwärtig ist die Finanzlage der Kommunen von starken Gegensätzen und Umbrüchen geprägt. Das Wegbrechen von Einnahmen infolge der Konjunkturkrise hat strukturelle Schwächen auf der Aufgaben- und Ausgabenseite gezeigt. Kommunen müssen sich daher auch eigenverantwortlich anpassen, indem städtische Strukturen dem Bevölkerungsschwund angepasst werden, was auch den Abbau infrastruktureller Ausstattungen notwendig machen kann. Kostenträchtiges Kirchturmdenken muss Möglichkeiten der interkommunalen Zusammenarbeit weichen. Zur Verbesserung der kommunalen Finanzen gehört auch, kostenträchtige Standards abzubauen oder zu flexibilisieren. Im Bereich der Sozialausgaben fordern wir eine höhere Beteiligung des Bundes, insbesondere bei den Kosten der Unterkunft. Trotz der jahrelangen Unterfinanzierung ihrer Haushalte unterstützen die strukturschwachen Westkommunen den infrastrukturellen Aufbau in Ostdeutschland. In der Regel müssen sie für diesen Solidarbeitrag Kredite aufnehmen. Mittlerweile bezuschussen sie damit auch florierende Ostkommunen. Diese Förderung nach der „Himmelsrichtung“ ist für strukturschwache Kommunen aufzugeben und durch eine Infrastrukturhilfeförderung strukturschwacher Westkommunen zu ergänzen. Die JU fordert ferner die Einhaltung des Konnexitätsprinzips, um den Kommunen keine zusätzlichen Belastungen aufzubürden. In Zukunft müssen Kommunen an der Gesetzgebung beteiligt werden, sofern Aufgaben und Ausgaben die Kommunen betreffen. Der Grundsatz „Wer bestellt, bezahlt.“ muss wieder gelten.

Wir fordern eine Konsolidierung im Landesbankensektor unter Wahrung des Drei-Säulen-Systems

Die Finanzmarktkrise hat gezeigt, dass das deutsche Bankenmodell aus den drei Säulen der privaten, genossenschaftlichen und öffentlich-rechtlichen Institute Marktverwerfungen glättet und Auswirkungen mildert. Das Drei-Säulen-System hat sich bewährt. Gleichwohl ist deutlich geworden, dass die Landesbanken in der jetzigen Form keine Zukunft mehr haben. Eine Konsolidierung im Landesbankensektor ist erforderlich. Die Landesregierung hat den Weg geebnet, dass die WestLB mit der beschlossenen Auslagerung von Risikopositionen und Geschäftsteilen auf eine Abwicklungsanstalt den ersten Schritt hin zur Konsolidierung vollziehen kann. Die JU NRW fordert jetzt die Sparkassen als Miteigentümer an der WestLB auf, zu entscheiden, welche Rolle die Landesbank künftig in ihrer Organisation ausfüllen soll.

G. Stabile Innenpolitik

Wir fordern den Erhalt und die Stärkung des Verfassungsschutzes

Die JU NRW erkennt die absolute Notwendigkeit des Verfassungsschutzes an. Wir müssen uns darüber im Klaren sein, dass es stets Kräfte geben wird, die unsere demokratische Grundordnung bekämpfen und einen gesellschaftlichen Umsturz herbeiführen wollen. Um sich dieser Gefahr bewusst zu sein, bedarf es eines starken Verfassungsschutzes. Ein wirkungsvoller Schutz unserer Gesellschaft kann nur gewährleistet werden, wenn wir über die demokratiefeindlichen Tendenzen in links- und rechtsextremer Szene Kenntnis haben. Dazu muss der Verfassungsschutz im Sinne der freiheitlich demokratischen Grundordnung gestärkt werden, um jeglichen Bestrebungen zur Abschaffung der Institutionen vorzubeugen.

Wir fordern einen bedarfsgerechten Personalausbau bei der Polizei

In Zeiten, in denen die gefühlte Sicherheit durch medienwirksame Gewaltstraftaten immer weiter abnimmt, fordern wir verstärkt die ausgedünnte Personaldecke bei der Polizei wieder aufzustocken. Dadurch werden kurze Wege zu Tatorten und ein schnelles Eingreifen im Tatfall ermöglicht. Proaktive Präsenz vor Ort vermitteln dem Bürger ein ehrliches Gefühl von aktiver Sicherheit und unterstützt im Notfall die Bereitschaft auch selbst Zivilcourage zu zeigen.

Wir fordern eine bessere Würdigung der Polizeiarbeit

In Nordrhein-Westfalen garantieren rund 50.000 Polizeibedienstete die Sicherheit der Bürger unseres Landes. Sie leisten hervorragende Arbeit und zeigen oftmals einen hohen persönlichen Einsatz. Leider wird die öffentliche Darstellung diesem Engagement häufig nicht gerecht. Zu einer angemessenen Würdigung der Polizeiarbeit gehört jedoch auch das Eintreten für die Sicherheit der Beamten durch den Dienstherrn. In den vergangenen Jahren haben die gewalttätigen Angriffe auf Polizeibeamte bundesweit deutlich zugenommen. Seit 1998 hat sich die Zahl der Gewaltdelikte gegen nordrhein-westfälische Polizeibeamte fast verdoppelt. Dieser Entwicklung gilt es gezielt entgegenzuwirken. Es muss sichergestellt werden, dass Ausbildung und Ausrüstung die Beamten zur Erfüllung ihrer Aufgaben und zur ausreichenden Verteidigung befähigen. Um die Autorität der Polizei nicht zu untergraben, muss aber auch die Hemmschwelle erhöht werden, einen Polizisten anzugreifen. Gewaltdelikte gegen Polizisten sind auf das Schärfste zu verurteilen und dürfen nicht straflos bleiben!

Wir fordern den Erhalt von christlichen Symbolen im öffentlichen Raum

Die JU NRW zeigt sich enttäuscht von der Entscheidung des Düsseldorfer Land- und Amtsgerichtes Kreuze aus den Verhandlungsräumen zu entfernen. Für die JU gehören die christlich-jüdischen Werte, welche durch das Kreuz symbolisiert werden, zu den Wurzeln unserer Rechtsordnung. Selbst in der Präambel des Grundgesetzes wird „die Verantwortung vor Gott und dem Menschen“ klar dargestellt und somit deutlich, dass auch der Rechtsstaat nicht die einzige Instanz ist, vor der wir uns zu verantworten haben. Aus Sicht der JU lässt sich die Religionsfreiheit einerseits und das Bekenntnis zu unseren Wurzeln, unserer Kultur und Tradition andererseits durch ein Abhängen des Kreuzes im Einzelfall in Einklang bringen. Die JU vertritt weiterhin die Ansicht, dass ein weiteres Zurückdrängen von christlichen Symbolen unserer christlich-abendländischen Kultur aus dem öffentlichen Raum unserer Gesellschaft und unserer Kultur schadet und dies vielmehr ein demontieren unserer Kultur ist. Aus diesem Grund unterstützt die JU NRW den Protest der Landeskirchen und von Angeklagten. Das Gericht sollte den Protest ernst nehmen und seine Entscheidung revidieren.

Wir fordern den Ausbau der gemeinsamen Streifendienste von Polizei und Ordnungsämtern

In zahlreichen nordrhein-westfälischen Gemeinden führen Polizei und Ordnungsämter gemeinsame Streifendienste im Rahmen von Ordnungspartnerschaften durch. Die JU NRW fordert den Ausbau dieser sinnvollen Doppelstreifen. Die Ordnungspartnerschaften erhöhen die Sicherheit und Ordnung in den Gemeinden, zeigen die Bürgernähe unserer Ordnungshüter und erhöhen das Sicherheitsgefühl der Menschen.

H. Stabile Integrationspolitik

Wir fordern ein Mit- und kein Nebeneinander

In NRW leben Menschen aus 170 Nationen, die unser Land bereichern. Sie dürfen in der Gesellschaft nicht nebeneinander, sondern miteinander leben. Hierzu müssen Anreize geschaffen werden, damit Menschen mit Migrationshintergrund von sich aus aktiv werden und so an der gemeinsamen Entwicklung unseres Landes teilnehmen. Unser Land wird nur dann die Herausforderungen der Zukunft bestehen, wenn es uns gelingt, auf dem Gebiet der Integration eine nachhaltige, positive Entwicklung zu generieren. Hierzu gehört gegenseitiger Respekt und die Anerkennung der deutschen Gesetze, insbesondere des Grundgesetzes, und unserer Werte als verbindliche Grundlage unseres gemeinsamen Lebens, damit die Vielfalt der Kulturen eine Chance für unsere Gesellschaft wird.

Wir fordern Integration durch Fördern und Fordern als Grundprinzip

Bildung und Arbeit sind zentrale Punkte, damit Integration funktioniert. Die JU NRW unterstützt daher verpflichtende Sprachtests im vorschulischen Alter und eine stärkere schulische Förderung von Kindern mit Migrationshintergrund. Insbesondere die Grund- und Hauptschule gilt es in diesem Prozess zu stärken. In der beruflichen Ausbildung ist die Sprachförderung ebenfalls verstärkt in den Fokus zu rücken. Die JU NRW sieht das sichere Beherrschen der deutschen Sprache als den Schlüssel für eine gelungene Integration an. Ferner müssen sich die Menschen mit Migrationshintergrund mit Deutschland, seiner Geschichte, seinem Platz im europäischen Haus und seiner christlich-abendländischen Kultur und seinen Werten anerkennen und respektieren.

Wir fordern eine vereinfachte bedarfsgerechte Zuwanderung

Insbesondere vor dem Hintergrund des demographischen Wandels ist die Zuwanderung hoch qualifizierter Menschen zu forcieren und zu vereinfachen. Die Zukunftsfähigkeit unserer Unternehmen wird unter anderem davon abhängen, ob es gelingt den Bedarf an qualifizierten Arbeitskräften zu decken. Neben verstärkten Bildungsanstrengungen gehört hierzu auch eine gesteuerte Zuwanderung. Im weltweiten Kampf um die besten Köpfe fordern wir daher auch das aktive Werben mit den Vorzügen und Chancen, die das Land NRW Zuwanderern bieten kann.

I. Stabile Landwirtschaftspolitik

Wir fordern den Nutzwert der Landwirtschaft deutlicher herauszustellen

Die Landwirtschaft in Nordrhein-Westfalen ist eine tragende Säule im ländlichen Raum und ein Garant unserer vielfältigen Kulturlandschaft. Sie erfüllt viele Aufgaben, von der lebensnotwendigen Lebensmittelerzeugung über die Produktion nachwachsender Rohstoffe und der Erhaltung und Pflege der Landschaft bis zum Naturschutz. Über 50.000 landwirtschaftliche und gärtnerische Betriebe in Nordrhein-Westfalen produzieren gesunde Nahrungsmittel von höchster Qualität. Zusammen mit den forstwirtschaftlichen Betrieben stellen sie in zunehmendem Maße nachwachsende Rohstoffe auch für erneuerbare Energien bereit. Sie sind wichtige Auftraggeber für Handwerk und Gewerbe. Die Land- und Ernährungswirtschaft mit ihren vor- und nachgelagerten Branchen ist ein zentraler Wirtschaftszweig in Nordrhein-Westfalen. Die JU NRW unterstützt den von der Landesregierung eingeführten Cluster „Ernährung.NRW“, der zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit, der Erschließung neuer Märkte und letztendlich der Schaffung neuer Arbeitsplätze beiträgt. Denn auch jetzt arbeiten schon viele Menschen in diesem Sektor.

Wir fordern den Erhalt der bäuerlichen Landwirtschaft

Unseren landwirtschaftlichen Betrieben müssen in der Agrarpolitik langfristige Perspektiven aufgezeigt werden, die ihren vielfältigen Aufgaben bei der Erhaltung unserer Kulturlandschaft und des ländlichen Raums gerecht werden. Die JU NRW fordert dazu die Landesregierung auf, sich für eine verlässliche Agrarpolitik und damit für eine auskömmliche Höhe der Ausgleichszahlungen auch nach der EU-Förderperiode ab dem Jahr 2013 in Brüssel stark zu machen. Mittel- bis langfristig ist die Abschaffung der

NRW – Zukunft braucht Stabilität

Agrarsubventionen anzustreben. Wir unterstützen das von der Landesregierung auf den Weg gebrachte, umfassende Maßnahmenpaket für die Milchviehhalter bestehend aus Investitionsförderung, Ausgleichszulage und Weideprämie, das zu einer Liquiditätsverbesserung beiträgt. Ebenso begrüßen wir das von der Landesregierung eingeführte Schulmilchprojekt und das Projekt „Milch macht Ku(h)lturlandschaft“ sowie „Milch kann mehr“ zur Förderung des Milchabsatzes und einer ausgewogenen Ernährung der Schülerinnen und Schüler.

Wir fordern die Auflösung von Wettbewerbsnachteilen

Wir stehen für freie Märkte und gerechten Welthandel. Dabei müssen aber die Rahmenbedingungen für alle gleich gestaltet werden. Die wichtigen Errungenschaften der hohen Standards der deutschen Landwirtschaft müssen für einen erfolgreichen Abschluss der WTO-Verhandlungen berücksichtigt werden. Aber auch auf europäischer und auf Bundesebene können Wettbewerbsnachteile entstehen. Daher fordern wir die Landesregierung auf, sich unter anderem für gleiche Wettbewerbsbedingungen beim Agrardiesel in Europa stark zu machen. Außerdem sollen Richtlinien der Europäischen Union auch in der kommenden Legislaturperiode nur eins zu eins umgesetzt werden und bestehende Gesetze auf ihre Übererfüllung hin überprüft werden.

Wir fordern verfügbare Flächen für unsere Landwirtschaft

Der Flächenverbrauch in Nordrhein-Westfalen muss weiter reduziert werden. Täglich gehen 15 Hektar Freiraumflächen durch Versiegelung verloren. Wir unterstützen das Bestreben, diesen Verbrauch auf 5 Hektar täglich im Jahr 2020 zu reduzieren. Die vom Ministerium für Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz gegründete „Allianz für die Fläche“ nimmt hier eine zentrale Rolle ein. Weiterhin ist der Entzug landwirtschaftlicher Produktionsfläche im Rahmen von Ausgleichsmaßnahmen zu stoppen. Hierzu sollen umweltschonende Sanierungsmaßnahmen als qualitativer Ausgleich und eine Abkehr von Automatismus des rein quantitativen Ausgleichs „Fläche für Fläche“ möglich sein. Wir fordern, die Landwirtschaft besser in die Landesentwicklungs- und Regionalplanung einzubeziehen, um Entwicklungsmöglichkeiten der Betriebe zu optimieren und wertvolle Ackerflächen besser zu schützen. Wir fordern, die Subventionen für Biogasanlagen herabzusetzen, damit nicht übersubventionierte Biogasanbieter die traditionelle Landwirtschaft beim Kampf um knapper werdende Ackerflächen verdrängen.